

# Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit - 14. März 2018



Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

## **MLPD: Regierung startet mit Rechtsruck - „Sie muss sich vom ersten Tag an der Gegenkräfte zu diesem Kurs bewusst sein!“**

Für die deutsche Regierung und ihre Kanzlerin ist eine schwere Geburt vollbracht. Wenn auch denkbar knapp, wurde Angela Merkel heute zur Kanzlerin wählt. Aber wie startet die neue Regierung ihre Geschäfte? Schon im Werk der über einige Monate geschäftsführenden Regierung lässt sich ein deutlicher Rechtsruck erkennen. Da erklärt der CDU-Newcomer Jens Spahn - entgegen der Erfahrung von Millionen Menschen - dass Hartz IV nicht Armut bedeute, der neue Innenminister Seehofer kündigt täglich Verschärfungen bei Abschiebungen und im Asylrecht an und die Solidaritätsbewegung mit dem kurdischen Befreiungskampf wird in Deutschland mit einer Welle von Repressionen überzogen.

Da reibt man sich manchmal die Augen: Sind es nicht die Kurden, die in ihrem Land einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durch die neuimperialistische Türkei ausgesetzt sind? Sind es nicht die Kräfte, die den faschistischen IS besiegt haben, Demokratie und Freiheit in Rojava erkämpft haben, die jetzt als Terroristen kriminalisiert werden? Aber unsere Regierung hat nichts Besseres zu tun, als die Beziehungen zum Regime Erdogan in der Türkei wieder „zu verbessern.“ Mit staatlicher Repression, Kriminalisierung und Unterdrückung geht sie zugleich gegen den kurdischen Befreiungskampf und die Solidarität mit ihm vor. *„Das reaktionäre PKK-Verbot wird immer willkürlicher ausgeweitet. So werden Symbole der PYD, der YPG und YPJ verboten, obwohl die Organisationen in Deutschland erlaubt sind“*, kritisiert Frank Janski, renommierter Strafverteidiger. *„Innenministerium oder Polizeibehörden behaupten einfach, dass es bei Aktionen einen ‚PKK-Bezug‘ oder auch nur einen ‚kurdischen Bezug‘ gebe, um dann die Verwendung solcher Symbole in Wort, Schrift und Bild zu untersagen. Demonstrationsverbote, Verbote von Newroz-Festen, Hausdurchsuchungen, Gefährder-Ansprachen, Beschlagnahmung von Informationsmaterial, Verhaftungen ... - all das nimmt drastisch zu.“*

Es werden sogar Leute gefilmt bzw. ihre Personalien aufgenommen, weil sie Fahnen tragen, die „gegebenenfalls“ oder „in einem bestimmten Zusammenhang“ verboten sein könnten. Da wird massiver Willkür der Boden bereitet.

*„Die MLPD protestiert entschieden gegen diese verschärfte Repression“*, erklärt Gabi Fechtner, die Parteivorsitzende der MLPD. *„Diese Einschränkungen des Versammlungsrechts sind Bestandteil des Rechtsrucks der Regierung, der unter der neuen großen Koalition noch verschärft werden soll. Dazu gehört auch der Ausbau der Beziehungen zur faschistischen Türkei. Es fällt auf, dass nach jedem Treffen der Au-*

**MLPD**  
Member of ICOR  
Zentralkomitee

Schmalhorststraße 1c  
45899 Gelsenkirchen

**TELEFON**  
+49(0)209 95194-0

**TELEFAX**  
+49(0)209 9519460

**E-MAIL**  
info@mlpd.de

**WEB**  
www.mlpd.de

**Pressesprecher**  
Peter Weispfenning

*ßenminister der Türkei und Deutschlands wieder eine neue Welle der Repression durchs Land geht. Hier geht es nicht einfach um eine kurdische Frage. Das geht jeden Friedensaktivisten, jeden Demokraten, jeden Revolutionär etwas an. An der Kurdistan-Solidarität soll ein Exempel statuiert werden, wie weit der bürgerliche Staat bei der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten, der Faschisierung des Staatsapparats gehen kann. Natürlich wird Merkel auch ihren Kurs des ‚Systems der kleinbürgerlichen Denkweise‘, der Dämpfung von Klassenwidersprüchen, fortsetzen. Die Regierung muss sich zugleich bewusst sein, dass sie mit ihrem Rechtsruck auch starke Gegenkräfte mobilisiert. Die MLPD erklärt vom ersten Tag der neuen Regierungsbildung an, die Kräfte dagegen weiter zu formieren.“*

Ein wichtiger Auftakt dazu wird die Beteiligung am weltweiten ICOR<sup>1</sup>-Aktionstag zur Solidarität mit Efrîn sein. Die MLPD wird dazu intensiv mobilisieren - unter der deutschen und international zusammengesetzten Bevölkerung, in den Betrieben, Wohngebieten und unter Jugendlichen. „Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist gegen den Krieg und der Aktionstag muss als Teil der neuen Friedensbewegung gesehen werden. Er wird auch Anlass sein, die Politik der Kriegsbeteiligung der deutschen Regierung anzugreifen!“

1 ICOR – International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations - Internationale Koordinierung Revolutionärer Parteien und Organisationen